



## Liebe Leserinnen, liebe Leser

Letzten Freitag ist die Frühlingssession 2025 der eidgenössischen Räte zu Ende gegangen. Mitte-Regierungsrat Martin Pfister aus dem Kanton Zug wurde zum Nachfolger von Bundesrätin Viola Amherd gewählt. Die wichtigsten Sachgeschäfte waren die Individualbesteuerung sowie im Bereich der Energiepolitik der Beschleunigungserlass. Insgesamt hat das Parlament in der Schlussabstimmung 24 Vorlagen verabschiedet. Gerne teile ich mit Ihnen in diesem Sessionsrückblick meine Eindrücke aus den letzten drei intensiven Wochen in Bern.

## Folgende Geschäfte wurden im Parlament behandelt (Auswahl):

### *Umwelt- und Klimapolitik*

#### **Beschleunigungserlass. Änderung Energiesgesetz ([23.051](#))**

Der Beschleunigungserlass soll der Planung und Bewilligung von grossen Solar-, Wind- und Wasserkraftwerken Schub geben, damit die Energiewende Fahrt aufnehmen kann. In dieser Session durfte das Geschäft als [Kommissionssprecherin](#) im Nationalrat vertreten. Eigentlich war vorgesehen, die ganze Differenzbereinigung zu diesem Geschäft in der Frühlingssession durchzuführen. Kurz vor der Debatte im Nationalrat hat die kleine Umweltschutzorganisation Aqua Viva jedoch nach einem Gespräch mit Energieminister Albert Rösti angekündigt, ihre Beschwerde gegen das Wasserkraftprojekt Trift zurückzuziehen, falls sich das Parlament mit strengeren Vorschriften im Bereich der Beschwerdemöglichkeiten sowie der Flexibilisierung der Ersatz- und Ausgleichsmassnahmen für Ausbauprojekte zurückhält. Der Nationalrat liess sich von dieser neuen, etwas erpresserisch anmutenden Dynamik der kleinen Organisation nur teilweise beeindruckt und suchte in verschiedenen Bereichen nach Kompromisslösungen. Beispielsweise will der Nationalrat bei den 16 Wasserkraft-Projekten die Trennung der Ersatz- und Ausgleichsmassnahmen vom Bauprojekt erlauben, wenn die Verantwortlichen beim Kanton eine Sicherheitszahlung von mindestens dem Eineinhalbfachen der voraussichtlichen Kosten der Massnahmen leisten. Damit versucht der Nationalrat im Vergleich zum Ständerat die Rolle der kantonalen Stellen und der Projektanten genauer zu definieren und Leitplanken zu setzen.

Im Bereich des Vetorechts für Gemeinden hatte der Nationalrat in der ersten Lesung eine Bestimmung verabschiedet, wonach die Kantone vorsehen können, dass eine Zustimmung der Standortgemeinde notwendig ist. Der Ständerat hat dies leicht verschärft und eine Zustimmungserfordernis der Standortgemeinden statuiert, soweit das kantonale Recht nichts anderes bestimmt. Der Nationalrat ist hier nun dem Ständerat grundsätzlich gefolgt.

Auch bei der Beschränkung des Verbandsbeschwerderechts entschied sich der Nationalrat für einen Kompromiss. Anders als der Ständerat will er, dass Beschwerden für Projekte von nationaler Bedeutung (Wasser, Wind und Sonne) und für die 16 Projekte aus dem Anhang des Stromversorgungsgesetzes (Wasserkraftprojekte) nur noch von drei beschwerdeberechtigten Organisationen gemeinsam eingereicht werden können. Der Ständerat wollte das Verbandsbeschwerderecht für die 16 Wasserkraft-Projekte ganz abschaffen.

Die Diskussionen um die verbleibenden Differenzen bleiben spannend. Entscheidend ist, dass wir mit diesem für unser Versorgungssicherheit so wichtigen Erlass nun rasch vorwärtskommen – andernfalls ist der Begriff «Beschleunigungserlass» langsam aber sicher fehl am Platz!



## **Änderung des Stromversorgungsgesetzes (Stromreserve) ([24.033](#))**

Nachdem das Parlament in der Wintersession in einem dringlichen Bundesgesetz Hilfsmassnahmen zu Gunsten der Eisen-, Stahl und Aluminiumindustrie beschlossen hat, wurde in dieser Session nun die Beratung der eigentlichen Strom- bzw. Winterreserve im Ständerat weitergeführt. Die heute per Notrecht in der bis Ende 2026 geltenden Winterreserveverordnung verankerten Regeln werden damit auf eine gesetzliche Basis gestellt. Die Vorlage regelt den Einsatz einer thermischen Reserve, bestehend aus Reservekraftwerken, die mit Öl und Gas betrieben werden können, gepoolten Notstromgruppen und Wärme-Kraft-Kopplungs-Anlagen. Die Wasserkraftreserve ist bereits mit der Verabschiedung des Energie-Mantelerlasses gesetzlich verankert und damit obligatorisch geworden.

Nach dem Nationalrat will auch der Ständerat eine thermische Stromreserve mit dem möglichen Betrieb von Gaskraftwerken und Notstromgruppen gesetzlich verankern. Weil noch einige kleinere Differenzen bestehen, wird sich die Umwelt- und Energiekommission des Nationalrats nun nochmal damit befassen.

## ***Gesellschaftspolitik***

### **Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung («Steurgerechtigkeits-Initiative»). Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag ([24.026](#))**

Nach einer intensiven Beratung hat der Ständerat dem indirekten Gegenvorschlag zur Einführung der Individualbesteuerung mit 23:21 Stimmen zugestimmt. So weit, so gut – und eigentlich müsste dies als weiterer Meilenstein auf dem Weg zu einem moderneren und gerechteren Steuersystem gefeiert werden. Jedoch ist dieser Erfolg «vergiftet»: Mitte-links hat auf dem Buckel der Gutverdienenden eine Bestimmung eingeführt, wonach Ehepaare mit Kindern, Unverheiratete mit Kindern und Alleinstehende im Vergleich zum Vorschlag des Bundesrats mehrere hundert Millionen Franken mehr bezahlen müssten. Dies ist für die FDP nicht akzeptabel, da es nicht im Sinne der Erfinderin ist und muss dringend korrigiert werden. Verschiedene Ständeräte und Ständerätinnen der Mitte haben sich hier – um es milde auszudrücken – wenig «ständerrätlich» verhalten: Sie haben im Widerspruch zu eigenen Voten Minderheitsanträgen von linker Seite zugestimmt – mit dem einzigen Ziel, die Vorlage so zu verschlechtern, dass sie für die Urheberinnen der Volksinitiative und für die FDP als Ganzes nicht mehr akzeptabel ist. Denn die Individualbesteuerung soll mit der Abschaffung der Heiratsstrafe und der Beseitigung der Mehrbelastung fürs Zweiteinkommen die Steuerbelastung für die Bürgerinnen und Bürger verringern und nicht erhöhen. Dieses opportunistische Verhalten aus der Mitte war einer der Tiefpunkte in dieser Debatte.

Bereits in meinem [Votum](#) im Herbst 2024 im Nationalrat habe ich darauf hingewiesen, dass das aktuelle Steuersystem nicht mehr der heutigen Realität entspricht und die Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit nicht mehr steuerlich bestraft werden soll. Hier schlägt die Individualbesteuerung zwei Fliegen mit einer Klappe: Neben der Abschaffung der Heiratsstrafe lindert sie den Fachkräftemangel und senkt die Zuwanderung. Denn wenn die höhere Progression gleich das ganze Zusatzeinkommen des Zweitverdieners auffrisst, bleibt man lieber zu Hause. Nun ist der Nationalrat wieder am Zug – wir bleiben dran!



## *Weitere Geschäfte*

### **Pa.Iv. StGB-Tatbestände mit Stalking ergänzen ([19.433](#))**

Im Geschäft zur Differenzbereinigung des Stalking-Tatbestands (Art. 181b StGB) ist der Nationalrat der Mehrheit gefolgt. Die neue Fassung umschreibt das Delikt als Antragsdelikt – also auch in Paarbeziehungen – und unterstreicht damit die Autonomie der Opfer, selbst über die Eröffnung eines Strafverfahrens zu entscheiden. Trotz intensiver Debatten bleibt die Frage offen, ob in Intimpartnerschaften nicht ein Offizialdelikt sinnvoller wäre. Die FDP-Liberale Fraktion unterstützt den bestehenden Ansatz, da er verhindert, dass Opfer ungewollt in ein Strafverfahren gedrängt werden, und schickt das Geschäft zur weiteren Behandlung an den Ständerat zurück.

### **Umsetzung und Finanzierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente ([24.073](#))**

Der Nationalrat stimmt mit dem Ständerat überein, dass die 13. AHV-Rente im Dezember 2026 das erste Mal ausgezahlt werden soll. Der Entscheid war hierbei einstimmig. Währenddessen die Umsetzung unbestritten war, steht hierauf jetzt die Finanzierung der 13. AHV-Rente als grosses Diskussionsthema im Raum. Dies wird das dominante Thema in der sozialen Sicherheit in den nächsten Jahren sein. Hierbei verursacht nicht nur der demographische Wandel einen steigenden Druck, sondern auch die Zusatzausgaben, die aufgrund der 13. AHV-Rente erfolgen. Gleichzeitig steht in näherer Zukunft die Mitte-Initiative zur Aufhebung der Ehepaar-Plafonierung im Raum, welche zu weitere Zusatzausgaben führen kann. Hier muss alles darangesetzt werden, dass keine weiteren Initiativen im Bereich der Altersvorsorge angenommen werden, die nicht gleichzeitig auch die Finanzierung klären.

## *Wahlgeschäfte*

In der zweiten Woche der Session stand mit der Ersatzwahl für Mitte-Bundesrätin Viola Amherd ein wichtiges Wahlgeschäft an. Die Mitte-Fraktion hatte der Bundesversammlung ein Ticket mit zwei Kandidaten vorgelegt, über welches in den letzten Wochen in den Medien intensiv berichtet wurde. Am Wahltag selbst war das Resultat dann jedoch früh klar. Kandidat Martin Pfister verpasste die Wahl im ersten Wahlgang nur sehr knapp, um nur eine Stimme. Im zweiten Wahlgang setzte sich der Regierungsrat aus Zug dann endgültig gegen seinen Kontrahenten, Nationalrat Markus Ritter, durch. Dem neuen VBS-Vorsteher wünsche ich viel Erfolg bei der Erfüllung seiner neuen Funktion in der Landesregierung.



## Eingereichte und beantwortete Vorstösse

Aus dem Bereich meiner Engagements als Präsidentin der Stiftung Opferhilfe SG-AR-AI und als Co-Präsidentin der parlamentarischen Gruppe gegen Menschenhandel verweise ich auf zwei Punkte:

### **1. Verfügen wir über eine solide Datengrundlage, um zielgerichtet gegen sexuellen Missbrauch vorgehen zu können? ([25.7126](#))**

In der Fragestunde habe ich dem Bundesrat folgende Frage gestellt: «Wie schätzt der Bundesrat den Bedarf nach einer soliden Datengrundlage über Häufigkeit, Form und Risikobereiche für sexuellen Missbrauch in der Gesellschaft und in ihren Teilbereichen und Institutionen ein? Ist der Bundesrat bereit, eine nationale Dunkelfeldstudie finanziell (z.B. über den Schweizerischen Nationalfonds) und politisch zu unterstützen?»

In seiner Antwort weist der Bundesrat darauf hin, dass das Bundesamt für Statistik (BFS) zur Datenerhebung zu häuslicher, sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt eine Prävalenzstudie in der Bevölkerung durchführen wird. Bezüglich des Hellfelds stehen mit der polizeilichen Kriminalitätsstatistik Daten zu sexuellem Missbrauch zur Verfügung. Die Webpage «Sexualisierte Gewalt» wurde zur Verbesserung der statistischen Grundlagen zur sexualisierten Gewalt im Rahmen eines Mandats der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren und basierend auf dem Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention erstellt. Es freut mich, dass der Bundesrat sich der Problematik bewusst ist und er dementsprechend handelt.

### **2. Strafbestimmung gegen Menschenhandel praxistauglicher definieren ([24.4434](#))**

In dieser Session hat der Bundesrat auf meine im Dezember 2024 eingereichte Motion reagiert und sie in seiner schriftlichen Begründung zur Annahme empfohlen.

Der Bundesrat steht einer Revision des Straftatbestandes des Menschenhandels (Art. 182 StGB) positiv gegenüber. Der offen formulierte Tatbestand soll ergänzt und der Praxis zusätzliche Anhaltspunkte für die Anwendung der Strafbestimmung geliefert werden. Bei den Arbeiten seien insbesondere auch die Resultate und Erkenntnisse des laufenden dritten Nationalen Aktionsplans gegen Menschenhandel zu berücksichtigen. Dies ist auch als Erfolg der parlamentarischen Gruppe gegen Menschenhandel zu werten.



## Mein persönliches Highlight

Sinnigerweise am internationalen Tag der Frau, am 8. März 2025, habe ich im Rahmen der GV der FDP Frauen Schweiz – ein stimmiger, emotionaler und einfach wunderbarer Anlass mit rund 100 Frauen aus der ganzen Schweiz – das Präsidium abgegeben und an meine Nachfolgerin, Nationalrätin Bettina Balmer aus Zürich, übergeben. Nach fünfjähriger Amtszeit mit der erfolgreichen Lancierung und Einreichung einer Volksinitiative und eidgenössischen Wahlen mit einer Erhöhung des Frauenanteils in der FDP-Fraktion durften wir mit Stolz konstatieren, dass die FDP Frauen zu einer starken und ernstzunehmenden Stimme geworden sind. Damit war für mich der Zeitpunkt gekommen, ein Versprechen einzulösen: Als ich im Mai 2020 zur Präsidentin der FDP Frauen gewählt wurde, hat mir dieses Amt mitemöglichst, auf der nationalen «Bühne» rasch Tritt zu fassen. Ich habe damals versprochen, dies zu gegebener Zeit einer anderen Frau ebenfalls zu ermöglichen.

Herzlichen Dank für Ihr Interesse. Ich freue mich, Ihnen im Frühsommer wieder aus Bern zu berichten und wünsche Ihnen bis dahin eine gute Zeit!

Herzliche Grüsse,

**Susanne Vincenz-Stauffacher**  
Nationalrätin FDP/SG